

Euro-Reform-Monitor

Reformpolitik
und Haushaltssanierung
unter der Lupe

2016



DIHK

AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion Dr. Dirk Schlotböller, schlotboeller.dirk@dihk.de
Dr. Ilja Nothnagel, nothnagel.ilja@dihk.de

Stand September 2016

Euro-Reform-Monitor

Die Eurozone befindet sich aktuell noch in einer Phase der Reformrendite. Die Euro-Staaten haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, viele wirtschaftsstärkende Reformen umgesetzt und ihre staatlichen Ausgaben eingedämmt. Hier zeigt sich ein wirtschaftliches Erfolgsmuster: Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit belebt die Exporte, das zieht höhere Investitionen und Beschäftigung nach sich. In der Folge legen dann auch die Konsumausgaben wieder zu.

Einige Länder stehen heute sogar deutlich besser da, als vor der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009. In Irland liegt die Wirtschaft bereits knapp 40 Prozent über Vorkrisenniveau. Auch in Frankreich liegt die wirtschaftliche Tätigkeit und die Beschäftigung höher als damals, freilich war hier der Rückgang auch nicht so stark wie anderswo. Die griechische Leistungsbilanz ist ebenso wie die portugiesische und die französische mittlerweile ausgeglichen. Spanien, Italien und Irland liefern mittlerweile sogar mehr ins Ausland als sie importieren. Die Lohnstückkosten in Griechenland, Irland und Spanien sind gesunken und die preisliche Wettbewerbsposition entsprechend gestiegen, in Portugal sind sie seit 2008 nur um zwei Prozent gestiegen, in Italien um zehn Prozent und in Frankreich um zwölf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 2008 um 18 Prozent gestiegen.

Damit hat sich die Eurozone erst einmal aus dem Größten herausgearbeitet. Doch es besteht die Gefahr, die Erholung nunmehr als Selbstläufer anzusehen. Portugal hat einige Reformmaßnahmen wieder rückgängig gemacht, die die Wirtschaft spürbar entlastet hatten und damit positiv zur Leistungsfähigkeit beigetragen haben. Dazu zählt z. B. die Wiedereinführung von vier Feiertagen. Noch immer gelingt es trotz niedriger Zinsen nicht, die ohnehin schon flexiblen Regeln des Stabilitätspakts einzuhalten – gleiches gilt für Spanien. Zur sich damit wieder verschlechternden Verschuldungssituation kommen für Staaten in Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise und den Brexit. Derzeit werden diese und andere Belastungen noch vom günstigen Öl, dem relativ schwachen Euro und den niedrigen Zinsen aufgefangen. Diese Sonderfaktoren wirken 2017 allerdings nicht mehr so stark. Das Wachstumstempo in der Eurozone von 1,5 Prozent im Jahr 2016 dürfte 2017 daher kaum zu halten sein.

Der Euro-Reform-Monitor zeigt, welche Länder welche Schritte unternommen haben und planen sowie die wichtigsten Ergebnisse. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) zusammengestellt.



Irland

1. Zusammenfassung:

- Irland hat den EU-Rettungsschirm 2013 verlassen, IWF-Kredite teilweise vorzeitig zurückgezahlt. Im Juni 2016 haben IWF Mitarbeiter zum fünften Mal nachdem Irland den Rettungsschirm verlassen hat, ein „Post-Programme Monitoring“ Besuch durchgeführt. Kernaussage: Wirtschaftswachstum und Rückgang Arbeitslosigkeit halten an. Die öffentlichen Finanzen erstarken, die Schuldenquote ist auf Abwärtstrend.
- Lohnstückkosten deutlich zurückgegangen
- Wirtschaft wächst wieder kräftig, bereits rd. 40 % über Vorkrisenniveau; Arbeitslosigkeit sinkt deutlich
- Streichung von 6.000 Stellen im öffentlichen Sektor (Abbau um ca. 2 %)
- Schuldenstand von etwa 120 auf 94 % reduziert

2. Bisheriges Ergebnis:

Irland konnte das ESM-Hilfsprogramm Mitte Dezember 2013 verlassen. Bereits im Juli 2012 war das Land erfolgreich an die Finanzmärkte zurückgekehrt, im März 2013 auch mit zehnjährigen Anleihen. Ende 2011 hatte der Zinssatz für zweijährige Anleihen fast bei 10 % gelegen, am Jahresende 2013 bereits unter 2 % (zehnjährige: 2011 über 14 %). Vorzeitige Rückzahlung IWF-Kredite i. H. v. 9 Mrd. Euro.

Wachstum

- 2015: +7,8 %; +39,7 % ggü. Tiefststand (2009), +27,5 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2007)
- Prognose IWF 2016: +5,0 %, 2017: +3,6 %

Außenhandel

- Export 2015: +34,4 % ggü. Vorjahr; +76,7 % ggü. 2009
- Import 2015: +21,7 % ggü. Vorjahr; +54,6 % ggü. 2009
- Leistungsbilanz: +4,5 % des BIP, 2008: -5,7 %

Arbeitsmarkt

- Erwerbstätigkeit: 2015 +2,5 %; +6,9 % ggü. Tiefststand (2012), -7,2 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2007)
- Arbeitslosenquote 2015: 9,4 %; Höchststand: 2011 und 2012 14,7 %, Tiefststand: 2005 4,4 %
- Lohnstückkosten -15 % seit 2008

Staatsfinanzen

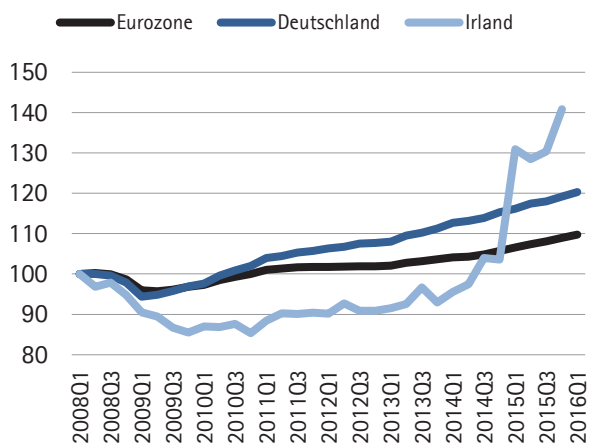
- Schuldenstand 2015: 93,8 % des BIP; Höchststand: 2012 120,1 %, Tiefststand: 2006 23,6 %
- Haushaltsdefizit 2015: -2,3 %; 2010: -32,3 %
- Ausgaben 2015: 74 Mrd. Euro; 2010: 109 Mrd. Euro
- Einnahmen 2015: 70 Mrd. Euro; 2010: 55 Mrd. Euro

Weitere Indikatoren

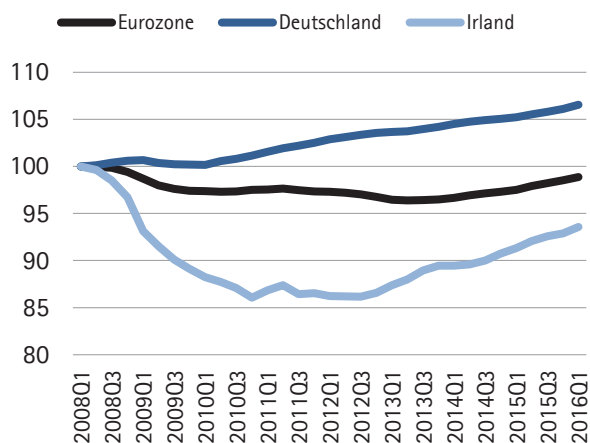
- „Doing Business Ranking“ der Weltbank: 17., 2009: 7.
- "Global Competitiveness Index": 24., 2009/2010: 25.
- Industrieanteil 2015: 39,1 %, 2009: 25,8 %

Quelle: Eurostat, IMF, eigene Berechnungen

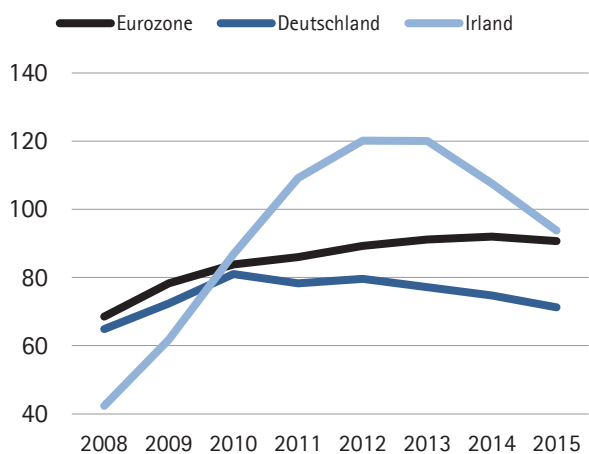
BIP-Entwicklung (2008=100)



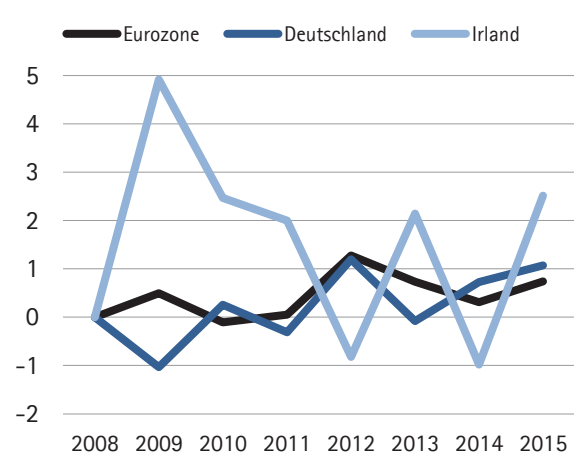
Erwerbstätige (2008=100)



Staatsverschuldung (in % des BIP)



Außenbeitrag (in % des BIP; 2008=0)



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

3. Maßnahmen:

3.1 Haushaltskonsolidierung

- Schuldenbremse (ohne Verfassungsrang)

Ausgaben:

Öffentlicher Dienst

- Pensionen im Januar 2016 zum ersten Mal nach der Krise erhöht.
- Senkung der Gehälter im öffentlichen Dienst (5 % der ersten 30.000 Euro, 7,5 % bis 40.000 Euro und 10 % bis 55.000 Euro). Erhöhung von Gehältern im öffentlichen Dienst erst 2018 erwartet.
- Nach der Streichung von 6.000 Stellen im öffentlichen Dienst 2012, die Einsparungen von 400 Mio. Euro p.a. gebracht haben, werden jetzt neue Stellen geschaffen, inkl. 2.260 Lehrer und 600 Polizisten.
- 2014 Ausgabensenkung für höhere Bildungseinrichtungen um 25 Mio. Euro. Diese Ausgaben waren im Jahr 2015 erneut auf ihren vorherigen Stand restauriert.

Sozialsystem

- Abschaffung der Pensionsabgabe bis Ende 2014, Einführung einer 0,15 % Abgabe für 2014 und 2015 gehaltene Anlagen. In den letzten 5 Jahren haben unterschiedliche Pensionsabgaben mehr als 2 Mrd. Euro eingebracht.
- Steuererleichterungen für Empfänger von Abfindungen/Einmalzahlungen in Bezug auf Rente oder Beendigung eines Arbeitsverhältnisses 2013 abgeschafft.
- Nach Ausgabensenkungen u. a. in den Bereichen Gesundheit (aber kostenlose hausärztliche Versorgung für Kinder bis 5 Jahren (40 Mio. Euro)), Krankenversicherungen für Rentner, Kindergeld und Kindergeld-Sonderzahlungen, Arbeitslosenhilfe, Wohnungsgeld, Entwicklungshilfe und Bildung, nehmen Ausgaben 2016 wieder zu. Kostenlose hausärztliche Versorgung auf Kinder bis 12 Jahren erweitert. Erhöhung Kindergeld um 5 Euro pro Monat. 20 Mio. Euro freigegeben für den Bau von 3.000 Sozialwohnungen.
- Reduziertes Arbeitslosengeld von 100 Euro pro Woche für neu registrierte Arbeitslose unter 25 Jahren, reduziertes Arbeitslosengeld über dem 25. Lebensjahre von 144 Euro, der Staat spart dadurch 30 Mio. Euro jährlich
- Kürzung Mutterschaftsgeld von 262 auf 230 Euro 2014, Besteuerung seit 2014. Ab September 2016 auch Vaterschaftsgeld von 230 pro Woche
- „One-parent family tax credit“ (eine Art Kinderfreibetrag), den beide Elternteile in Anspruch nehmen konnten, wurde in „single person child carer tax credit“ umgewandelt, gilt ausschließlich für den hauptbetreuenden Elternteil des Kindes
- Erhöhung des Renteneintrittsalters 2014 auf 66 Jahre, 2021 auf 67 Jahre und 2028 auf 68 Jahre
- Senkung Arbeitslosenbeihilfe von 12 auf 9 Monate (für diejenigen mit einem Sozialversicherungsbeitrag (PRSI) von 5 Jahren) und von 9 auf 6 Jahre (für diejenigen mit kürzerem Beitrag), Sozialhilfe von 188 Euro pro Woche bleibt bestehen.
- Steuervergünstigungen für Krankenversicherungen auf Versicherungsprämien von bis zu 1.000 Euro/Jahr für Erwachsene und 500 Euro/Jahr für Kinder gestrichen
- Aufhebung Beitragsbemessungsgrenzen für Sozialversicherungen
- Strengere Regelungen für kostenlose Krankenversicherungskarten haben 23 Mio. eingebracht. In den kommenden Jahren ist das Ziel, die Zahl von Krankenversicherungskartenempfänger auf 30.000 und 50.000 zu kurzen.

Einnahmen:

Einführung neuer Steuern/Abgaben

- zwischenzeitliche Einführung einer Flugverkehrssteuer von 3 Euro pro Fluggast (von März 2011 bis April 2014, wieder gestrichen, um Tourismussektor zu fördern), die 2011 eingeführte MwSt. auf touristische Leistungen soll beibehalten werden
- Kohlenstoffemissionssteuer mit 15 Euro pro Tonne, Erhöhung auf 20 Euro seit Mai 2012 und wird auch 2016 auf dieser Ebene bleiben.
- Besteuerung der Boni von Bankangestellten der Banken, die vom irischen Staat gerettet wurden, mit 90 %
- „Financial Institutions Levy“ (Steuer auf Finanzdienstleistungen) verlängert vom Ende 2016 bis zum Ende 2021, was insgesamt 750 Mio. Euro zusätzlich einbringen soll.
- 0,15 %-Abgabe auf Fonds 2014 und 2015, dann aufgrund der erhöhtem Wirtschaftstätigkeit und reduzierter Arbeitslosigkeit abgeschafft.
- Kürzung des „Universal Social Charge“, die die Einkommens- und Gesundheits-Sonderabgaben ablöst
- Trinkwasserabgabe i. H. v. etwa 250 bis 400 Euro pro Haushalt, im 4. Quartal 2014. Die Trinkwasserabgaben wurde 2016 abgeschafft und wird in den nächsten zwei Jahren auch nicht eingeführt.
- seit Juli 2013: Vermögensteuer auf Wohneigentum von 0,18 % bis zum Vermögen von 1 Mio. und 0,25 % auf Vermögen, das über dieser Grenze liegt. Erstkäufer für 3 Jahre von der Steuer befreit. Diese Raten werden bis 2019 so bleiben.
- seit 2014 werden Vermögenseinkommen mit einer Sozialversicherungsabgabe belastet (Mieteinnahmen, Kapitalerträge, Dividenden und Zinsen). Jährlicher Mindestbeitrag von Selbstständigen von 253 Euro auf 500 Euro erhöht.
- Verkauf von Lotterielizenzen für 405 Mio. Euro

Anpassung von Steuern/Abgaben

- Keine Erhöhung der Mineralölsteuerer und der Zulassungssteuer für Kraftfahrzeuge. Kürzung der Kfz-Steuer auf 500 Euro für Kfz zwischen 4.000 kg und 12.000 kg und auf 900 Euro für Kfz über 12.000 kg.
- Anpassung der Steuergrenzbeträge, maximalen Einkommensteuersatz. Bsp. Alleinstehende: von 40 % ab 33.800 statt 32.800 Euro, Höchstsatz einschließlich aller Zuschläge 40 %
- Senkung Einkommensteuerfreibeträge von 1.830 auf 1.650 Euro, seit 2011
- Anhebung der MwSt. von 21 auf 23 % seit 2012
- Anhebung der Zinssteuer auf 41 % (2014)
- Erhöhung Kapitalertrags- und Grunderwerbsteuer von 20 auf 30 % seit 2012 und auf 33 % seit 2013
- weitere Erhöhung der Kapitalerwerbsteuer (Capital Gains Tax) von 30 auf 33 % seit Dezember 2012 (bis 2008: 20 %).
- Erhöhungen der Tabaksteuer um 10 Cent (2014), 40 Cent (2015) und 50 Cent (2016)
- im Oktober 2013 erneute Erhöhung der Alkohol-Verbrauchssteuern: für Wein, Bier und Spirituosen, je nach Produkt und Alkoholgehalt des Getränks zwischen 14,6 % und 17,8 % Anstieg
- Senkung der Steuerfreibeträge bei Erbschaften, seit 2009
- Erhöhung der Studiengebühren von 2.000 Euro 2011 auf 3.000 Euro 2016.
- Abschaffung von Steuererleichterungen bei Abfindungen seit 2013
- Immobiliensteuer von 100 Euro seit 2012 und von 95 bis 1.755 Euro pro Wohneinheit seit 2013. Diese Steuer wird erst 2019 Neubewertet.
- geplant: weitere Erhöhung der Steuern auf Tabak, sowie auf Finanztransaktionen und einige Vermögenserträge
- Seit 2014 Steuergutschriften von 13,5 % für Gebäude-Sanierungsmaßnahmen, um die Baubranche zu unterstützen, bis 31.12.2016 verlängert

Privatisierung

- Privatisierung des Energiekonzerns für 1,12 Mrd. Euro (bislang größte Privatisierungsmaßnahme)

3.2 Wettbewerbsfähigkeit

Arbeitsmarkt

- Gesetz zur Lohnflexibilität für Anpassungen einzelner Unternehmen und Branchen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Finanzmärkte

- Restrukturierung maroder Banken sogar über Zeitplan (Fusionen, Erneuerung des Managements)

Öffnung/Liberalisierung von Märkten für Waren und Dienstleistungen

- mehr Wettbewerb im Energie- und Wassersektor
- Lockerung von Wettbewerbsbeschränkungen (Rechtsberatung, Gesundheitswesen, Apotheken, Energie- und Wassersektor)

Unternehmensförderung, Bildung

- Oktober 2014 Gründung Förderinstitution Strategic Banking Corporation of Ireland: Förderkredite zur Finanzierung von Investitionen irischer KMUs. Bis Dezember 2015 haben mehr als 4.600 irische KMUs (mit mehr 17000 Arbeitsstellen) 172 Mio. Euro Kredit zu einer geringen Rate aufgenommen.
- Beibehaltung des 12,5 %igen Körperschaftsteuersatzes
- Steuervergünstigung der Körperschaftssteuer für Start-Up Unternehmen für die ersten 3 Jahre verlängert bis 2018.